

## **FREIE WÄHLER: Frühkindliche Bildung und Schulbildung müssen in einem Ministerium koordiniert werden**

### **Forderungen der FREIEN WÄHLER zur Bildungspolitik**

#### **Achtjähriges Gymnasium „G8“:**

Angesichts der alarmierenden Leistungsergebnisse fordern die FREIEN WÄHLER, das G8 noch einmal kritisch auf den Prüfstand zu stellen. In diesem Zusammenhang muss sicher auch noch einmal über eine flexible Vernetzung von Mittel- und Oberstufe nachgedacht werden, wie sie die FREIEN WÄHLER bereits gefordert haben (Drs. 16/5450).

#### **Mittelschule:**

Um auch künftig eine wohnortnahe Mittelschule gewährleisten zu können, brauchen wir vor allem für die Schulen im ländlichen Raum eine Ausweitung des Lehrerbudgets.

#### **Grundschulen:**

Das Motto „kurze Beine, kurze Wege“ scheint zunehmend der Vergangenheit anzugehören. Gerade im Grundschulbereich gilt es daher, die derzeit bestehenden Schulen auch in Zukunft zu erhalten. Kombiklassen als Sparmaßnahme sind keine Lösung!

### **Die bisherige Bilanz des G8 aus Sicht der FREIEN WÄHLER**

Die Befürchtungen haben sich bestätigt: Obwohl die Ergebnisse der Abiturprüfungen von Schülerinnen und Schülern am achtjährigen Gymnasium als Durchschnittsnote betrachtet nicht schlechter ausgefallen sind als die am neunjährigen Gymnasium, gab es ein **Besorgnis erregendes Auseinanderdriften bei den Ergebnissen**. So lag die Quote der Schülerinnen und Schüler, die am achtjährigen Gymnasium ein sehr gutes Ergebnis erzielt haben, um knapp ein Drittel höher als beim letzten Jahrgang des neunjährigen Gymnasiums. Zugleich lag die Quote der Schülerinnen und Schüler, die das Abitur am achtjährigen Gymnasium nicht bestanden hatten, höher als am neunjährigen Gymnasium. Wie viele Schülerinnen und Schüler das Abitur trotz „Nachsteuerung“ nicht bestanden haben, wird sich zwar konkret erst nach den Nachprüfungen im September zeigen, aber ein Vorwurf, den Schüler, Eltern und auch Lehrer immer wieder erhoben, steht damit schon jetzt offiziell fest: **Das G8 ist beileibe nicht das Erfolgsmodell, als das es die Staatsregierung seit Jahren anpreist. Es ist belastet durch eine zu geringe Stundenausstattung in den Kernfächern, zu wenig Zeit für Übungsphasen und zu große Klassen. Es ist und bleibt ein Schulversuch am "lebenden Objekt" - hier besteht deutlicher Nachbesserungsbedarf!**

Angesichts der deutlich höheren Zahl an sehr guten Abiturergebnissen – so erfreulich sie sind – stellt sich auch die **Frage nach der Chancengerechtigkeit zwischen G9- und G8-Absolventen**. Im Hinblick auf zulassungsbeschränkte Fächer wie Medizin können wir hier durchaus eine Wettbewerbsverzerrung erkennen.

#### **Die Situation an Haupt- und Mittelschulen:**

Auch wenn nahezu alle, nämlich 928 der künftig 948 Hauptschulen, im neuen Schuljahr als Mittelschulen starten werden, bleiben **Erfolg und Akzeptanz der Mittelschule abzuwarten**. Ob die Tendenz zugunsten dieser Schulart tatsächlich erstmals seit Jahren positiv nach oben durchbrochen wird, wie Kultusminister Spaenle behauptet, wird sich erst zeigen, wenn die tatsächlichen Anmeldezahlen der übertrittswilligen Hauptschüler aus der fünften Jahrgangsstufe an die Realschulen und Gymnasien vorliegen. Hintergrund: Wegen eines geänderten Übertrittsverfahrens ist die Anmeldung an diesen Schularten heuer erstmals erst nach Erhalt des Jahreszeugnisses und damit nach Ablauf des Schuljahres 2010/2011 möglich. Erfahrungsgemäß treten etwa 20 Prozent der Realschüler erst von der fünften Klasse der Hauptschule auf diese weiterführende Schule über. Die Mittelschule kann nur Erfolg haben, wenn das Lehrerbudget vor allem für die Schulen im ländlichen Raum deutlich erhöht wird und eine noch bessere Verzahnung zwischen Mittel- und Berufsschule erfolgt - das ist wegen des eklatanten Lehrermangels an den beruflichen Schulen bisher leider nicht möglich!

#### **Die Situation an den Grundschulen:**

Bayernweit häufen sich signifikant die Beschwerden über Kombiklassen. Besonders problematisch empfinden Eltern – angesichts des bevorstehenden Übertritts auf eine weiterführende Schule – die Jahrgangsmischung von dritter und vierter Klasse. Allein für Mittelfranken sind aber 30 Kombiklassen in den Jahrgangsstufen drei und vier geplant. **Immer mehr verzweifelte Eltern wenden sich über Petitionen an den Bayerischen Landtag**. Kombiklassen dürfen nach Auffassung der FREIEN WÄHLER kein Sparmodell sein; ihnen muss ein durchdachtes, tragfähiges pädagogisches Konzept zugrunde liegen. Das ist derzeit nicht der Fall. Die Mindestklassengröße für Grundschulen muss deutlich gesenkt werden - sonst stehen uns bald jede Menge Grundschulschließungen bevor!

#### **Einstellungssituation von Lehrkräften:**

„Mehr Lehrer, kleinere Klassen“ ist eine der Kernforderungen der FREIEN WÄHLER im Bildungsbereich. Trotz aller Missstände an den Schulen, trotz Unterrichtsausfalls, übergroßer Klassen und zu geringen Fördermöglichkeiten für das einzelne Kind ist die **Einstellungspolitik der Staatsregierung rigide. Tausende gut ausgebildete junge Lehrkräfte stehen auf der Straße. Die FREIEN WÄHLER setzen sich in zahlreichen Initiativen für ihre Einstellung ein (Drs. 16/7134; 16/7964; 16/7873; 16/7964; 16/9259)**. Nur so kann nachhaltig gute Personalpolitik betrieben werden - beim sich bereits anzeigenden Fachkräftemangel ein Gebot der Stunde!

## Forderungen der FREIEN WÄHLER zur Frühkindlichen Bildung

**Koordination von Frühkindlicher Bildung und Schulbildung in einem Ministerium:** Im Sinne eines Gesamtkonzepts zum lebenslangen Lernen vor, während und nach der Schulzeit fordert die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER die Bereiche Frühkindliche Bildung und Erziehung (Referat VI 3) und Kindertagesbetreuung (Referat VI 4) aus dem Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen **in den Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zu übertragen.**

**Mehr Bildung für alle:** Frühpädagogische Einrichtungen sollen die Bildungsprozesse fördern und die Kinder besser auf die weitere Schullaufbahn vorbereiten. Sie sollen das Bildungsniveau für alle steigern und einen besonderen Beitrag zur Reduzierung sozial bedingter Ungleichheiten leisten. Damit dies gelingen kann, ist neben einem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und einem kostenfreien Kindergartenjahr, das vor knapp drei Jahren bereits im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, zukünftig auch eine weit intensivere Verzahnung von Kindertagesstätten und Grundschulen nötig, die sich auch organisatorisch widerspiegeln muss. (Drs.: 16/9402)

**Kostenfreie Kindergartenzeit und Bildung eines Fachkräftepools:** Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER fordert eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten. Dies setzt eine **bessere und einfachere Finanzierung der Kindergärten** voraus, die auch den immensen Verwaltungsaufwand, dem die Einrichtungen derzeit ausgesetzt sind, verringert. Bereits im Mai 2010 hat die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER dazu die „Qualitätsoffensive Kindergarten“ als Antrag in den Landtag eingebracht.

Im Rahmen dessen fordern die FREIEN WÄHLER von der Staatsregierung unter anderem ein Konzept, wie ein Kindergartenjahr für die Eltern kostenfrei gestaltet werden kann. **Langfristig sollte die gesamte Kindergartenzeit kostenfrei sein**, um auch Kinder aus bildungsfernen Schichten von Anfang an in den Bildungsprozess mit einzubeziehen und somit die Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an gleich zu gestalten. (siehe Drs.: 16/4855) Die Landtagsfraktion setzt sich für die Bildung eines Fachkräftepools im Kindergartenbereich zur Entlastung des Personals ein. (siehe Drs.: 16/4857)

**Mehr pädagogisches Personal:** Zudem fordern die FREIEN WÄHLER im Rahmen der „Qualitätsoffensive Kindergarten“ **eine Verbesserung des Anstellungsschlüssels und damit der Rahmenbedingungen.** Denn der entscheidende Schlüssel zu mehr Qualität in Kindertagesstätten ist die Anzahl des pädagogischen Personals im Verhältnis zur Anzahl der Kinder. Bayern liegt derzeit mit 1:11,5 unter dem Bundesdurchschnitt von 1:10. (Drs.: 16/4858)

**U-Untersuchungen dringend überarbeiten:** Die Freien Wähler fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die **Vorsorgeuntersuchungen (U-Untersuchungen) für Kinder überarbeitet** und aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden. Die U-Untersuchungen, die von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden, wurden inhaltlich in den 70iger Jahren konzipiert und nur in Details verändert und angepasst. Die medizinischen Möglichkeiten haben sich seitdem deutlich ausdifferenziert. Die Früherkennungsprogramme sollten inhaltlich und strukturell überarbeitet und inhaltlich weiterentwickelt werden. (Drs.: 16/4856)

**Kernkompetenz Sprache:** Auch forderte die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER ein Konzept zu erstellen, wie in Anlehnung an die guten Erfahrungen der Projekte „KIDZ Programm“ und „Vorkurs Deutsch“ allen Kindergartenkindern Kompetenzen vermittelt werden können, die ihnen den Start in die Schullaufbahn erleichtern und damit für gleiche Bildungschancen von Anfang an sorgen (Drs.: 16/4859).

**Entwicklungsverzögerungen besser berücksichtigen:** Immer mehr Kinder zeigen Auffälligkeiten wie ADS, Hyperaktivität, sprachliche oder motorische Entwicklungsverzögerungen, die eine intensivere Betreuung erforderlich machen. Mittlerweile zeigen mindestens 20 Prozent der Kinder derartige Auffälligkeiten. **Derzeit werden diese nur berücksichtigt, wenn sie den Grad einer Behinderung erreichen.** Dann werden sie im Rahmen der Kindergartenfinanzierung mit einem Gewichtungsfaktor von 4,5 multipliziert. Dies trifft aber nur in seltenen Ausnahmefällen zu. Die FREIEN WÄHLER forderten daher einen Bericht der Staatsregierung, wie Artikel 21 Abs. 5 des Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes dahingehend geändert werden kann, dass Entwicklungsverzögerungen bei Kindern besser berücksichtigt werden. (Drs.: 16/4860).

**Heilpädagogische Fachdienste stärken:** Darüber hinaus fordert die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER, die Heilpädagogischen Fachdienste im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz zu verankern und eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen. (Drs. 16/4861)